



Spandau hält zusammen!



Präambel

Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, LGBTIQ*-Feindlichkeit und die Ablehnung demokratischer Prozesse und Institutionen sind Alltagsrealität geworden. Im Internet sehen sich Menschen Bedrohungen und Anfeindungen ausgesetzt (Hate Speech). Nicht jede und jeder kann in diesem Land und in unserer Nachbarschaft angstfrei leben, weil sie oder er einer Gruppe zugeordnet und abgewertet wird. Das ist für uns nicht hinnehmbar und findet unseren Widerspruch.

Wir sind

- unterschiedliche Akteur:innen, Initiativen und Zusammenschlüsse aus Bezirkspolitik, Zivilgesellschaft und Glaubensgemeinschaften, die sich gegen alle Formen von Rassismus, Diskriminierung, Menschen- und Demokratiefeindlichkeit einsetzen und für ein inklusives, friedliches und respektvolles Miteinander in Toleranz und Vielfalt einstehen.
- in Sorge darüber, wie sich das gesellschaftliche Klima in unserem Land und auch in Spandau entwickelt hat. In aktuellen Debatten nehmen wir zunehmend eine verschärfte Rhetorik und Verächtlichmachung anderer Positionen wahr, wissenschaftliche Erkenntnisse werden geleugnet und Fakten bewusst verdreht.

Wir wenden uns gegen

- jegliches diskriminierende, rechtspopulistische, rechtsextreme, rassistische, antisemitische und anderweitig menschenverachtende Gedankengut.
- jede Form von Gewalt, Einschüchterung, Ausgrenzung und Sachbeschädigung.
- Verschwörungserzählungen, die Leugnung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Verdrehung von Fakten.
- falsche historische Analogien, die Diktaturen verharmlosen und das Leid ihrer Opfer relativieren.
- die Verwendung oder Anpassung von Symbolen des Nationalsozialismus und des Holocaust und damit verbundene NS-Relativierung und Antisemitismus.

Wir stehen ein

- für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung als Garantie einer offenen Gesellschaft.
- für ein diverses, interkulturelles und inklusives Miteinander in Respekt und Toleranz, weil wir in dieser Vielfalt eine Bereicherung sehen.
- für das Recht aller Menschen im Bezirk zur selbstbestimmten Entfaltung ihrer Persönlichkeit und solidarischen Mitgestaltung des Gemeinwesens – unabhängig von ihrem Alter, religiösen Bekenntnis, ihrem kulturellen Hintergrund, ihrer geschlechtlichen Identität, sexuellen Orientierung oder sozialen Herkunft.
- für die Rechte und den Schutz von Migrant:innen und Geflüchteten
- für das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung, solange sie nicht die Würde von Menschen verletzt. Seine Meinung öffentlich äußern zu können gehört zum demokratischen Diskurs, dafür Widerspruch zu erhalten und auszuhalten aber auch.
- für Gewaltfreiheit in der Auseinandersetzung - physisch und verbal. Allen Menschen kommt die gleiche unverletzliche Würde zu – auch jenen, deren Meinungen und Handlungen wir ablehnen.